

# ICEJ - Petition gegen EU - Förderrichtlinie

Unterschreiben Sie jetzt!

EU fördert Unfrieden in Nahost

Neue „Förderrichtlinie“ schadet Völkerverständigung und Palästinensern

Stuttgart, im August 2013

*Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,*

wir schätzen es sehr, dass sich Vertreter Ihrer Regierungspartei sehr kritisch zur "Förderrichtlinie" der EU-Kommission geäußert haben. Wir appellieren eindringlich an Sie, dieser Position in Deutschland und in der EU zum Durchbruch zu verhelfen.

Als christliche Dachorganisation vertritt die ICEJ Millionen Christen verschiedenster Konfessionen, denen wahrer Friede in Nahost ein Herzensanliegen ist. Die neue „Förderrichtlinie“ der EU-Kommission fördert jedoch den Unfrieden in Nahost. Sie untersagt die Finanzierung von Stipendien, Preisgeldern und israelischen Forschungsprojekten jenseits der sogenannten „Grenzen von 1967“ (Waffenstillstandslinien von 1949). Sie verbietet auch allen Mitgliedstaaten, mit israelischen Einrichtungen in diesen Gebieten zusammen zu arbeiten oder sie in irgendeiner Form zu unterstützen. Zudem verlangt sie in jedem Abkommen zwischen einem EU-Mitgliedstaat und Israel die Unterzeichnung einer Klausel, wonach die Siedlungen nicht Staatsgebiet Israels seien.

**Wir, die Unterzeichnenden, lehnen diese Richtlinie als kontraproduktiv, friedensgefährdend und einseitig ab und fordern die EU-Mitgliedstaaten auf, sie zurückzunehmen. Gleichzeitig bitten wir Sie, Frau Bundeskanzlerin, eindringlich, alles in ihrer Macht stehende zu tun, damit die ablehnende deutsche Position sich auch europaweit durchsetzt.**

Durch diese Richtlinie werden gerade solche israelischen Forschungseinrichtungen getroffen, die Arabern und Palästinensern Bildungschancen geben und zu friedlicher Koexistenz beitragen, wie beispielsweise die Universität von Ariel. Auch israelische Unternehmer, die Palästinenser beschäftigen und ihnen damit Lohn und Brot geben, sind betroffen. Durch die Umsetzung der Richtlinie würden noch mehr Palästinenser im Westjordanland arbeitslos.

Gleichzeitig wird eine Verhandlungslösung in der Grenzfrage sabotiert, da die EU versucht, Israel den von europäischer und palästinensischer Seite gewünschten Grenzverlauf durch die Richtlinie „aufzudrücken“. Damit tritt die EU gerade nicht als Friedensvermittler auf, sondern als parteiischer Friedensverhinderer. Gerade in dieser sensiblen Phase neu aufgenommenen Friedensgespräche ist ein solches europäisches Diktat äußerst kontraproduktiv und erschüttert das Vertrauen der Israelis in Europa. Die geplanten Maßnahmen, einmal umgesetzt, kommen zudem einem Boykott jüdischer Einrichtungen im Westjordanland gleich – und wecken sehr ungute Erinnerungen an die „Kauft nicht bei Juden“-Politik in der jüngeren deutschen Geschichte.

In keinem anderen Territorialkonflikt verlangt die EU Herkunftsbezeichnungen oder boykottiert vermeintliche oder tatsächliche Besatzerstaaten, weder die Türkei in Norzypem, noch Russland in Georgien oder Marokko in der West-Sahara. Allein der jüdische Staate wird durch die Förderrichtlinie an den Pranger gestellt. Gerade die Deutsche Regierung sollt in ihrer besonderen historischen Verantwortung für Israel hier ihre Stimme zu lautem und deutlichem Protest erheben.

Die neue EU-Politik gefährdet auch den christlichen Tourismus in die Region, da viele heilige Stätten in den Palästinensergebieten liegen und nur in Kooperation und Einvernehmen zwischen palästinensischen und israelischen Stellen besucht werden können. Der christliche Tourismus ist eine wichtige Einnahmequelle, insbesondere auch für die Palästinenser.

**Aus diesen Gründen protestieren wir entschieden gegen die Richtlinie und appellieren an alle EU-Mitgliedstaaten, insbesondere aber an Sie, Frau Bundeskanzlerin, alles zu tun, damit sie am 1. Januar 2014 nicht in Kraft tritt.**

ERSTUNTERZEICHNER ICEJ-Deutscher Zweig e.V.

Petition unterzeichnen: <http://de.icej.org/content/petition-gegen-eu-f%C3%B6rderrichtlinien>